



Presseinformation

Nr. 26.097

19.03.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 12 – Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Sinti*zze und Rom*nja

Dazu sagt der minderheitenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Dirk Kock-Rohwer**:

Schleswig-Holstein stellt sich seiner Geschichte

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Kolleg*innen,

Sinti*zze und Rom*nja sind in unserem Land schweres Unrecht widerfahren. Sie wurden entrechtet, ausgegrenzt, verfolgt. Sie wurden registriert, stigmatisiert und deportiert. Familien aus Schleswig-Holstein wurden in Ghettos und Vernichtungslager verschleppt, viele von ihnen kehrten nie zurück.

Und auch nach 1945 endete das Leid nicht. Überlebende mussten um Anerkennung kämpfen, um Entschädigung ringen und erlebten vielfach erneut Misstrauen und Ablehnung. Sie erlitten doppeltes Unrecht. Dieses Unrecht ist Teil der Geschichte Schleswig-Holsteins. Deshalb ist es richtig, dass wir die vorliegende Studie beschlossen hatten und heute würdigen.

Ich möchte drei zentrale Erkenntnisse hervorheben.

Erstens: Die Verfolgung der Sinti*zze und Rom*nja in Schleswig-Holstein war kein randständiges Phänomen und keine bloße Umsetzung von „Vorgaben aus Berlin“. Die Studie zeigt deutlich, wie aktiv lokale Behörden und Polizeidienststellen vorgingen. Erfassungen, Gutachten, Aufenthaltsbeschränkungen, Deportationsvorbereitungen, all das geschah hier vor Ort, mit administrativer Präzision.

Überraschend und erschütternd ist dabei das Ausmaß der Systematik auf Landesebene. Etwa die Hälfte der in Schleswig-Holstein lebenden Sinti*zze und Rom*nja wurde deportiert.

Zweitens: Die Studie zeigt, dass das Unrecht nach 1945 nicht endete. Leider nicht überraschend ist die personelle und diskriminierende Kontinuität in der Nachkriegszeit, wie wir es schon aus anderen Studien kennen. In Entschädigungsverfahren wurden

vielfach dieselben Argumentationslinien fortgeführt, die schon vor 1945 zur Diskriminierung dienten. Aussagen von Betroffenen wurden angezweifelt, Verfolgungstatbestände wurden relativiert oder umgedeutet. Das ging so weit, dass die rassistische Verfolgung geleugnet und als sicherheitspolitische Maßnahme interpretiert wurde.

Für viele Überlebende bedeutete dies jahrzehntelange juristische Auseinandersetzungen, geringe Anerkennung ihres Leids und eine erneute Konfrontation mit Vorurteilen. Positiv zu sehen ist, dass so viele um eine Wiedergutmachung kämpften und sie sogar bekamen. Aber wenn sie eine Wiedergutmachung bekamen, musste sie häufig für Kosten im Zusammenhang mit dem Prozess ausgehen werden oder wurde zum Teil sogar von Amtsseite unterschlagen.

Drittens: Die Studie macht deutlich, wie lückenhaft die bisherige Forschung zur Geschichte der Sinti*zze und Rom*nja in Schleswig-Holstein war. Trotz der Schwere der Verbrechen und der vorhandenen Quellenlage existierte bislang keine vergleichbar umfassende landesbezogene Untersuchung.

Das ist eine wichtige und auch selbstkritische Erkenntnis: Erinnerungskultur entsteht nicht automatisch. Sie braucht wissenschaftliche Fundierung und sie braucht politischen Willen. Deswegen ist es wichtig, dass derzeit eine weitere Studie zur Rolle der schleswig-holsteinischen Finanzverwaltung bei der Enteignung von Sinti*zze und Rom*nja wie Jüdinnen und Juden aus Landesmitteln finanziert wird.

Die drei genannten Punkte, die starke lokale Verantwortung, die Kontinuität der Diskriminierung nach 1945 und die bisherigen Forschungslücken, zeigen, warum diese Studie notwendig ist. Dabei geht es nicht nur um Vergangenheitsbewältigung, es geht auch um Gegenwartsverantwortung. Antiziganismus ist kein historisches Phänomen. Vorurteile gegenüber Sinti*zze und Rom*nja bestehen fort, im Alltag, in Debatten, teils auch in institutionellen Zusammenhängen. Eine fundierte Aufarbeitung schafft Sensibilität und stärkt das Bewusstsein für Gleichberechtigung und Menschenwürde.

Der Landtag sendet mit dieser Studie ein klares Signal: Schleswig-Holstein ist bereit, sich seiner Geschichte zu stellen, differenziert, sachlich und verantwortungsbewusst.

Ich danke allen an der Studie Beteiligten.

Vielen Dank.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de